

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bezugsgeldern und in allen Abteilen erhältlich

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,50 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpoststr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Scheitelfeldung: Dresden-L., Osterbahnpoststr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr
Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L., Osterbahnpoststr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 15. August 1928

Nummer 190

Massenprotest gegen den Panzerkreuzer Ein Sturm der Entrüstung in den sozialdemokratischen Arbeitermassen Beruhigungsspielen

Dresden, den 15. August.

Die Welle der Entrüstung, die der Panzerkreuzer-Beschluss der sozialdemokratischen Minister im Koalitionskabinett in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeitermassen und bei den Mitgliedern der Partei ausgelöst hat, vermögen auch die linken sozialdemokratischen Führer nicht zu brechen. Ihre Presse hat vollständig den Kopf verloren und während sie sonst jede Schandtat des Parteivorstandes auf ihre Weise verteidigen, sehen sie sich gezwungen, diesmal vor der Stimmung der Massen zu kapitulieren und enthüllen ungewollt zum Teil ungeschminkt die Bedeutung der verbrecherischen Handlung der sozialdemokratischen Minister. Unter dem Druck ihrer Mitglieder steht sich der Bezirksvorstand der SPD Groß-Dresden gezwungen, für morgen abend eine Funktionärsversammlung nach dem Trianon einzuberufen, in der als Referent der Berliner „Linke“ Aufhäuser die nicht beneidenswerte Aufgabe haben wird, die empörten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter mit radikalen Worten zu trösten, sie bei der Stange zu halten, um dann mit vollen Segeln im Kielwasser der Panzerkreuzerpolitik des Parteivorstandes weiter zu segeln.

Nur diesem Zweck dient auch der Brief, den die „Linke“ Toni Sender gemeinsam mit Aufhäuser an den Parteivorstand gerichtet haben und der gestern in der Dresdener Volkszeitung zum Abdruck gebracht wurde. In diesem Brief wird der Wunsch ausgesprochen, eine Sitzung der Reichstagsfraktion einzuberufen. Toni Sender sagt darin weiter, daß durch die Entscheidung des Kabinetts die Sozialdemokratische Partei einer unerhörten Belastungsprobe ausgesetzt sei, ohne daß eine Instanz der Partei hätte Stellung nehmen können und ruft dann aus: „Fraktion und Partei können für diesen Beschluß keine Verantwortung übernehmen.“ Toni Sender unternimmt damit den Versuch, den sozialdemokratischen Arbeitern die Zustimmung zum Panzerkreuzer als einen Regierfehler ihrer Ministergenossen in der Koalitionsregierung zu erklären, um so die Gesamtpolitik des Parteivorstandes zu rechtfertigen, ihn als das unschuldige Lamm hinzustellen. Vergessliches Bemühen der Dresdener Volkszeitung, die sich sogar von der Leipziger Volkszeitung am Montag sagen lassen muß, daß sie mit „ihrem lendenlahmen Kommentar“ zum Panzerkreuzerbeschluß am Sonnabend „nicht die wirkliche Stimmung der Dresdener Parteigenossen“ zum Ausdruck bringt. Der Brief Toni Senders und Aufhäusers stellt in der Tat nichts anderes dar als den Versuch, der Empörung der sozialdemokratischen Parteifunktionäre und Mitglieder ein Ventil zu öffnen und entlarvt die Anklagen zentralistischer Führer gegen die Panzerkreuzerpolitik ihrer Partei als ein ordinäres Manöver, die Massen der SPD-Arbeiter auch weiterhin an die Sozialdemokratische Partei zu fetten. Eine Beruhigungsspiel, nichts anderes ist der Brief und seine Forderung aus Einderufung der Reichstagsfraktion. Uebrigens ein altes Manöver in neuer Form. Als der Parteivorstand gegen den Willen der SPD-Arbeiter den Beschluß fasste, eine Regierung zu bilden, wurde von den sächsischen Linken ein gleiches Manöver versucht. Man forderte die Einderufung eines Parteitages. So wie damals wird auch heute der Parteivorstand auf diese demagogischen Maßnahmen pfeifen. Das läßt die Stellungnahme der heutigen Morgenausgabe des Vorwärts erkennen, der nun endlich unter der Heberschrift „Ueberraschung vom 10. August. Wo steckt der Fehler?“ zur Bewilligung des Panzerkreuzers Stellung nimmt. Aber der Vorwärts versteckt sich, anstatt seine eigene Meinung zu sagen, hinter den vom Parteivorstand inspirierten sozialdemokratischen Pressedienst. Zunächst muß der Vorwärts zugeben: „Es sind diesmal keineswegs grundsätzliche Gegner jeder Koalitionspolitik, die über den Beschluß des Kabinetts ihre schmerzliche Ueberraschung und ihren bitteren Unmut äußern. Auch Parteiblätter, wie die Rheinische Zeitung und die Mannheimer Volksstimme, um nur zwei aus der stattlichen Zahl zu nennen, fänden Worte der Kritik. Dann zitiert der Vorwärts wie auch gestern die Volkszeitung ausführlich den sozialdemokratischen Pressedienst:

„Fast ist es die Auffassung, als ob das Kabinett am 10. August frei über den Bau zu entscheiden gehabt hätte. Der Schiffsbau ist nicht erst am 10. August vom Reichskabinett beschlossen. Er ist eine vom Reichstag und dem Reichsrat in gleichmäßiger Form beschlossene Sache. Für das Kabinett handelt es sich nur noch um die Bewirkung der Ausführung eines rechtskräftigen Reichsgesetzes. Das Kabinett hätte höchstens den ganz

unmöglichen Beschluß fassen können, ein Gesetz nicht auszuführen. Es gab für die Sozialdemokraten nur zwei Möglichkeiten: entweder die Dinge laufen zu lassen oder eine Regierungskrise zu eröffnen mit dem sicheren Erfolg, daß das Panzerschiff doch gebaut würde. Wenn die sozialdemokratischen Minister den ersten Weg gingen, haben sie wahrscheinlich das Klügere getan. Von denen, die anderer Meinung sind, darf man erwarten, daß sie auf die Tatsachen Rücksicht nehmen und die Gründe würdigen.“

Diesem Wunsch des sozialdemokratischen Pressedienstes schließt sich der Vorwärts nachdrücklich an und schreibt:

„Fehler sind begangen worden. Das ist gewiß. Uns scheinen sie in der Hauptsache darin zu liegen, daß die Partei die Möglichkeit, den Beschluß des alten Reichstags umzuwerfen, falsch eingeschätzt hat. Ob die sozialdemokratischen Minister blieben oder ob sie gingen, das Schicksal wurde gebaut. Die sozialdemokratischen Minister sind geblieben. Sie werden ihr Verbleiben durch „künftige Leistungen“ (!) zu rechtfertigen haben.“

Nach dem Vorwärts sind die Hauptgründe die Widersprüche im Beschluß des Reichsrats und die falsche Auslegung, die er gefunden hat und auf der die Haltung der SPD während des Wahlkampfes beruhte. Es wird schlichterdinges kein Verbrechen oder keinen Betrug geben, der sich nicht mit solchen Argumenten, wie sie der sozial-

demokratische Pressedienst und der Vorwärts bringen, beschönigen ließe.

Aber immer weniger Arbeiter werden darauf hereinfallen. Wie groß die Erbitterung der Arbeiter ist, zeigt sich in der Tatsache, daß auf dem Verbandstag des Verkehrsverbundes in Leipzig von einer Anzahl Delegierten eine Resolution eingebracht wurde, die sich in scharfer Weise gegen die Bewilligung der Mittel zum Bau des Panzerkreuzers durch die sozialdemokratische Koalitionsregierung wandte. Dieser Antrag war der SPD-Führung höchst unangenehm. Sehr nervös und gegen den Protest nicht nur der kommunistischen, sondern auch zahlreicher sozialdemokratischer Delegierten konnte der Vorsitzende Schumann noch die Abkündigung über diesen Antrag verhindern. Er erklärte kategorisch: „Ueber den Panzerkreuzer wird hier nicht gesprochen.“ Daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Behandlung dieses Antrages verhindern, sich mit der Panzerkreuzerkoalition solidarisieren, das braucht nicht zu verwundern. Es bestreitet nur ihre Bereitschaft, die Politik des 4. August wieder aufzunehmen. Dagegen muß die Arbeiterklasse entschieden ankämpfen. Die Aufgabe der Kommunisten in den Betrieben ist es, jedem Arbeiter die Bedeutung des Panzerkreuzerbauaus aus-einanderzusetzen, ihnen zu zeigen, wo hin der Weg der Arbeitgemeinschaft und der Koalition mit der Bourgeoisie führt. Die Wirkung dieser Politik ist jetzt sichtbar. Sie dient allein dem Truistkapital, ebnet nur dem deutschen Imperialismus den Weg zu neuen Anschlüssen auf die Arbeiterklasse. Beantworte den Beschluß des Koalitionskabinetts mit Massenprotesten aus Betrieben und Gewerkschaften! Mobilisiert die Kräfte zur Verhinderung dieser Politik und zum Sturze der Truistregierung.

„Linke“ und Müller-Strefemann-Regierung

Von Karl Beder

„Anschließend der neuen Regierungspartei der „Linke“ SPD-Regierung: „Preuss aus der Koalition“ — In es von Bedeutung, die Koalitionspolitik der „Linke“ SPD-Führer, die sich auch in der Zukunft nicht ändern wird, klar zu erkennen. Die Redaktion.

Gewisse Bedingungen der Koalitionspolitik haben sich mit dem Uebergang in die Periode der relativen Stabilisierung geändert. In den ersten Nachkriegsjahren war die Beteiligung der Sozialdemokratie an den Koalitionsregierungen in erster Linie eine Maßnahme gegen die aktive proletarische Revolution und zur Erleichterung der ersten Schritte zum kapitalistischen Wiederaufbau (Abbau der Ertragsminderungen der November-Revolution). Heute ist die Situation eine andere. Die Funktion der Sozialdemokratie bei der Beteiligung an einer Koalitionsregierung ist in erster Linie der Schutz vor größeren Klassenkämpfen, welche die Nationalisierung und die ganze relative Stabilisierung gefährden könnte und die aktive Unterfütterung bzw. Erleichterung der neuen imperialistischen Politik der deutschen Bourgeoisie. Mit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus haben sich auch sonst noch einige Kleinigkeiten in der äußeren Form der Koalitionspolitik geändert. Die Sozialdemokratie kann z. B. da keine akute revolutionäre Revolution ist, einige Wochen lang Regierungsverhandlungen mit allerhand Theater durchführen, aus demselben Grunde ist es heute, sowohl der Bourgeoisie als der SPD leichter möglich, eine Regierungskrise zu machen, man ist also etwas manövrierfähiger als in der akut revolutionären Periode usw. Dabei ist natürlich heute die Koalitionspolitik ebenso wie früher eine Methode der Bourgeoisie zum Kampf gegen die Revolution und die Niedergangerscheinungen des Kapitalismus. Aber die Veränderungen in einzelnen Bedingungen für die Koalitionspolitik sind nicht unwichtig für die Beurteilung ihrer Auswirkungen auf die breiten Massen in der gegenwärtigen Periode.

Es ist in der kommunistischen Presse schon ausgeführt, daß die sozialdemokratischen Arbeitermassen von der Koalitionspolitik nicht von heute auf morgen so enttäuscht sein werden, daß sofort eine große Rebellion und ein schnelles Uebergehen ins revolutionäre Lager zu erwarten ist. Abgesehen von der allgemeinen Beobachtung, daß die breiten Arbeitermassen erst aus eigenen Erfahrungen lernen, also erst die Resultate der Koalitionspolitik sehen müssen, ist hierbei auch die veränderte Situation zu berücksichtigen. Die auf dem Boden des Parteivorstandes stehende sozialdemokratische Presse stellt immer wieder fest, daß die übergroße Mehrheit der Parteimitglieder für den Eintritt in die Regierung war. Das ist sicher übertrieben, aber richtig ist, daß die große

Majorität der SPD-Arbeiter nicht irgendwie aktiv gegen den Eintritt in die Regierung auftrat. Auch in den sächsischen Bezirken war es für die Opposition gegen die Regierungsverhandlungen charakteristisch, daß in allen Resolutionen die Disziplin und die Führung der Partei in die Hand genommen wurde. Die sozialdemokratische Presse hat, unterstützt durch die Taktik bei den Regierungsverhandlungen, verstanden, die folgende Auffassung der Bremer Volkszeitung in die Köpfe der Arbeiter hineinzutragen:

„Es ist heute nicht mehr, wie bei früherer Koalitionsgelegenheit, daß die Partei als Ländchen oder als Rothkeiler in die Regierung hineingeworfen, sondern diesmal geht sie nicht auf Wunsch der sich in Verlegenheit findenden bürgerlichen Parteien, sondern kraft ihrer Stärke in die Regierung und auf Grund von Bedingungen und Forderungen, die sie zu stellen hatte.“

Dieses Täuschungsmanöver hat zwar durch die Art des Abchlusses der Regierungsverhandlungen und der Resultate der ersten Reichstagsfraktionen einen starken Knacks bekommen, aber auf manche Arbeiter hat es noch einigen Eindruck gemacht.

Die Gegenläufe unter den „Linken“

Die „Linken“ sind in der Stellungnahme zur Regierungsbildung verschiednen aufgetreten. Von den linken Gruppen, welche noch auf dem Kieler Parteitag der SPD für die gegenwärtige Epoche Oppositionspolitik statt Koalitionspolitik verlangten, wurden jetzt die folgenden Standpunkte eingenommen:

1. Der Leipziger Reichstagsabgeordnete Saube und die meisten Berliner „Linken“ (Kühnauer, Künster, Liebitz, Wolf Hoffmann) sind offen für die Koalition.
2. Der Dresdener Reichstagsabgeordnete Fleißner ist für eine vorübergehende Koalition mit einem linken Programm.
3. Die meisten Breslauer (Scheine, Marx), einige Leipziger Leute, darunter Toni Sender, der Des. Döschken usw. sind tatsächlich für eine Koalition mit einem linken proletarischen Programm, das im Rahmen des Kapitalismus durchführbar ist, aber doch das Zustandekommen einer Koalitionsregierung unmöglich machen würde, weil es die Bürgerlichen nicht annehmen könnten.
4. Die Chemnitzer (Wöckel), Zwickauer (Erbewitz), Plauenener (Zweiling), Leipziger (Wielat, Gurland, Liebmann), die Leipziger Volkszeitung und die ländlichen sächsischen SPD-Blätter, die Redirpauer und die ländlichen Klassenkampf (u. a. Koenig, Max Adler usw.) sind prinzipiell für die Koalition, erklären jedoch, daß es taktisch falsch sei, jetzt und insbesondere mit der Volkspartei in eine Koalition zu gehen.

Die halbblinden Thüringer Schweigen: Von Frankfurt am Main hört man keine linke Stimme mehr. Der halb-